

## **Diskussion über den Leitfaden – für eine bessere Lehre!**

*Von Lukas Wanke*

Zu Beginn des Vortrages muss – so denke ich – auf die Entstehungsbedingungen hingewiesen werden: Als Fachschaftsrat egal welcher Fakultät sieht man sich in der von Landeshochschulgesetz und anspruchsberechtigter Studierendenschaft zugewiesenen Rollen der vermittelnden Instanz, die Interessen zwischen Dozierenden und Studierenden ausbalancieren soll, oft genug mit der Frage konfrontiert, was das denn nun alles soll. Denn oft genug gibt es nichts auszubalancieren, sondern nur etwas zu entscheiden: Der Dozent oder die Professorin entscheidet und gibt als Begründung an, dass die FSR-Vertreter\*innen ja nur kritisieren würden und nichts konstruktiv beizutragen, keine eigenen Entwurf für die Bildungslandschaft hätten.

Nicht, dass wir dieser Begründung damals etwas abgewinnen konnten oder damit gar einverstanden wären, aber trotzdem ist aus dieser Konfrontation heraus dann dieser sogenannte „Leitfaden für eine bessere Lehre“ entstanden. Natürlich hat er nicht urplötzlich dazu geführt, dass die Verhältnisse andere werden, vielmehr hat er mal mehr, mal weniger konstruktive Diskussionen ausgelöst und einige theoretische und praktische Grundprobleme nach sich gezogen. Eine dieser Fragen, wozu der Leitfaden jetzt eigentlich gut sein soll, wurde leider ebenfalls nicht abschließend geklärt, was auch dadurch bestärkt wird, dass dieser Vortrag nun nur von einem der drei Autoren kommt und dementsprechend nur von der eigenen, individuellen Interpretation und Intention berichten kann.

Jedenfalls war und ist die Frage, ob der Leitfaden eine Waffe zur Verbesserung konkreter Studienbedingungen, wissenschaftliches Werk oder politisches Propaganda-Pamphlet sein soll, nicht geklärt, was meiner Meinung nach auch daran liegt, dass er in all diese Richtungen offen ist. Was in der anschließenden Diskussion leider dann doch ziemlich unterrepräsentiert war und kaum mehr beachtet wurde, sind dann vor allem die konkreten Verbesserungsvorschläge gewesen, bei denen zumindest alle Studierendenvertreter\*innen ständig sagen, dass sie sich ebenfalls dafür einsetzen würden – und auch wenn man die Fokussierung aufs Praktische kritisieren kann und sollte, war es doch vor allem die Intention des FSRs diese Verbesserungen in den Blick zu nehmen, was bei einer Debatte über Staat, Markt, Gesellschaft und einzelne Fächer gerne mal ignoriert wird.

Trotzdem würde ich den Leitfaden hier gerne noch einmal in seiner Gänze aus meiner Perspektive darstellen und dabei allerdings nur einige wenige Punkte genauer beleuchten. Vorher würde ich mir aber noch in der Frage positionieren wollen, was der Leitfaden für mich persönlich ist: Er ist bzw. sollte meiner Meinung nach kein Werk sein, was versucht Wissenschaft oder Bildung zu verbreiten

oder nachzuahmen. Vielmehr gebe ich einer Vertreterin der Grünen Hochschulgruppe im Studierendenrat durchaus recht und gestehe zu, dass der Leitfaden im Wesentlichen ein politisches Pamphlet ist, welches Leute in unserem Sinne zum Widerstand anstacheln soll und deshalb manches schreibt und manches weglässt. Wer das als anstößig empfindet, kann das so machen wie besagte Vertreterin, die eine Distanzierung geschrieben hat, die von ideologischer Rechtsstaatlichkeit nur so triefte und ganz entsetzt über die – ich zitiere aus dem Protokoll der entsprechenden Sitzung – Gleichsetzung von „Lohnarbeit und Ausbeutung“ war, die im Leitfaden vorkäme.

Wir haben den Leitfaden begonnen mit der Überschrift „die Universität wird als Ort freier Bildung erträumt“ - wie der Begriff „erträumt“ bereits ziemlich penetrant nahelegt, hat das natürlich wenig mit der Welt und der Universität, wie sie wirklich ist, zu tun. Vielmehr erteilt der Leitfaden der Behauptung eine Absage, das Wissenschaftsideal von der interessenbefreiten, gelehrsam und freien Forschung und Lehre sei jemals umgesetzt gewesen. Wäre es ohnehin nicht möglich, diese Freiheit ohne angeschlossene Professur zu genießen und wäre diese damit eh nur ein rein elitäres Vergnügen, ist es offensichtlich, dass entweder Staat (der die Lehrstühle erstmal einrichten muss) oder Markt (durch Drittmittel-Finanzierung oder über staatliche Anweisung) immer wieder die Richtung vorgeben und entscheiden, welche Leute auf welche Posten kommen und welche Ausrichtung haben. Welche Rolle gesellschaftliche Trends bei der Auswahl der vermeintlich „unabhängigen“ Uni-Lehrer\*innen spielen, wird auch deutlich, wenn man sich anguckt was zum Beispiel aus der Politikwissenschaft geworden ist, die in Westdeutschland zwischendurch eine recht linke Domäne war – was sie heute definitiv nicht mehr ist. Das erkennt man vor allem in Halle, aber in ehemaligen „linken Hochburgen“ (was immer man davon halten mag) wie Marburg oder Berlin.

Bei diesem Punkt, also der Aussage, freie Wissenschaft sei im Kapitalismus schwer möglich und wohl gar nicht gewünscht bzw. - und da kann man noch drüber streiten – an sich ein ziemlich ideologisches Wahnkonstrukt, sind sich relativ viele einig. Dummerweise fangen diese dann an, Fluchtpunkte in der Vergangenheit zu suchen und richten sich dann wahlweise gegen das „Bologna-System“, den „Akademisierungswahn“ oder die „moderne Massenuniversität“ und sind dabei vor allem reaktionär.

Beispiele dafür sind der Philosoph Julian Nida-Rümelin, der vor einer „Bildungsideologie“ warnt und auf den spezifisch deutschen Hintergrund verweist, dass die Mittelschicht hier von Handwerker\*innen und anderen Ausgebildeten und weniger von Akademiker\*innen geprägt sei. Deshalb sollten Mittelschichtseltern ihre Kinder bitte nicht so oft zur Uni schicken. Zwar ist das spezifisch Nationale für einen deutschen Sozialdemokraten wie Nida-Rümelin natürlich eine Art

von Argument, aber er ignoriert dabei vollkommen, dass der Akademisierungsdruck ja vor allem eines ist: real. Leute kriegen ohne Bachelor oder gar Master halt mal weniger Kohle und nicht wenige Jobs gar nicht. Statt diese gesellschaftlichen Strukturen zu kritisieren, sollen sich einige Kinder von Handwerker\*innen nun ihrer ständischen Rolle fügen.

Ein anderes, allerdings tragischeres Beispiel dafür sind immer wieder auch linke Gruppen, die wie der Bundesverband des SDS, also der Hochschulgruppen der Partei die LINKE, deren hellsche Ablegerin ich selber angehöre, davon schreiben, dass „durch die Bologna-Reform die europäische Hochschullandschaft grundsätzlich an der ökonomischen Verwertbarkeit von Bildung und Forschung ausgerichtet“ wurde. Die SDSler\*innen verkünden danach heldenhaft, dass sie „gegen den zunehmenden Einfluss der Privatwirtschaft an den Hochschulen und gegen die Verdrängung kritischer Lehre und Forschung zugunsten von an marktwirtschaftlichen Kriterien orientierten Inhalten“ kämpfen. Auch wenn sie sich bemühen dabei noch kritisch und nicht zu bürgerlich zu klingen, sind zwei Begriffe schon verräterisch: Durch die Bologna-Reform sei „grundsätzlich“ alles auf Verwertbarkeit ausgerichtet und auf die „Verdrängung“ kritischer Inhalte, die damit folgerichtigerweise vorher an der Universität erwünscht gewesen wären.

Hier kann man, ähnlich wie nach Bologna die „Employability“ als wichtiges Kriterium der Bildungsanstalten beklagt wird, eigentlich nur mit einer Gegenfrage – bzw. gleich mit mehreren – antworten: Wurden die Unis früher finanziert, um Leute nicht in Arbeit zu bringen, um sie gar „unemployabel“ zu machen? Wurden sie gebaut, damit sie Staat und Markt schaden? Und ist es wirklich sinnvoll davon auszugehen, dass kritische Inhalte von den Wissenschaftsministerien der Länder, die den Hochschulen immer noch aufsichtsberechtigt gegenüberstehen, gefördert wurden? Wann waren die Landesregierungen von Bayern, Sachsen-Anhalt oder Hamburg denn kommunistisch?

Noch absurder macht das ganze ein Blick in die Vergangenheit: Wer glaubt denn ernsthaft, dass das humboldtsche Bildungsideal menschlicher ist als das neoliberale Bologna-Ungetüm? Ich meine, Humboldt war Funktionär in einem feudalistischen Staat namens Preußen, dessen zwei Grundprinzipien Militarismus und Effizienz waren und dem eine im Sinne der Herrschenden funktionierende Elite an den Unis herangezüchtet werden sollte.

Hier verbergen sich zwei durch und durch bürgerliche Wünsche: Zum einen sehen Leute wie Nida-Rümelin ihre schöne Uni durch die neoliberalen Umstrukturierungen in Gefahr und wünschen sich zwar keine Wissenschaftsfreiheit oder Forschung und Lehre im Sinne der Vernunft, aber dafür im

preußischen Sinne weniger Markt, Management-Unsinn, Drittmittel einwerben und Massen von Studierenden in gigantischen Hörsälen vor sich haben (was moderne Profs eben so tun müssen) und dafür mehr Staat. Sie wollen wieder den alten Status wieder, der den Gelehrten zur Elite machte und ihn die nachkommenden Funktionsträger ausbilden ließ. Denn dort hatte man seine Ruhe und konnte ohne nervige Formulare ein bisschen gelehrt spielen – solange man eben auf Linie war. Das Vergehen dieser Leute besteht nur darin, dass sie ihre elitäre Vision nicht so aussprechen können, sondern den alten Zustand dann idealisieren. Statt zu sagen: Schmeißt die „Asis“ von meiner Uni, sagen sie: „auf individuelle Talente Rücksicht nehmen, keinen Akademisierungswahn fördern“ usw. usf.

Zum anderen sehnt sich der SDS, aus dessen Wahlaufruf zur Bundestagswahl 2013 zitiert wurde, der jetzt natürlich nur ein Beispiel für Gruppen aus ganz verschiedenen Richtungen ist, offensichtlich nach Anerkennung. Denn man hätte es gerne, dass kritisches Denken – und damit ist dann nicht nur das eigene, sondern auch das der anderen gemeint, an den Unis gefördert würde und beklagt die vermeintliche „Verdrängung“. Hier wird das studentische Dasein verklärt und in eine aussichtsreichere Rolle gebracht, als es tatsächlich ist. Man begibt sich damit in die Nähe von Studi-Protesten, die die studentische Folklore wie Kreativität (Vulgo: Gentrifizierung), Widerständigkeit und Selbstaubeutung immer wieder als Argument gegen Kürzungen verwendet haben. Die Unis können aber schon deshalb, weil sie eben immer von Staat und Markt abhängen und nach deren Bedürfnissen und Prinzipien gegründet und weitergeführt sind, nicht Avantgarde für das vielbeschworene kritische Bewusstsein sein.

- Anmerkung: Es ist leider nicht unbedingt ein Einzelfall, wenn Studierende den beschämenden Zustand „ihrer Universität“ mit dem Argument kritisieren, es „sei ja keine Ausbildung“ und hier könne man wenigstens „kritisch denken“. Der Umkehrschluss bleibt aber verborgen oder würden linke Studierende behaupten wollen, Auszubildende seien nicht zu kritischem, progressivem Denken fähig? -

Bevor ich den Punkt bezüglich der Kritik der Bologna-Kritik zu mache, sei natürlich darauf hingewiesen, dass der Ersatz für die verfehlte Kritik natürlich nicht keine Kritik ist, sondern einfach: nicht verfehlte Kritik. Es ist dementsprechend nicht nur sehr sinnvoll, sondern auch notwendig, die jeweils zu kritisierenden Phasen der Geschichte der Hochschule und des Bildungssystem als Gesamten zu unterteilen und jeweils zu kritisieren, aber ohne sich in ein „früher war alles besser“ zurückzuflüchten.

Da dies Ludwig Pongratz, der ebenfalls vom Fachschaftsrat eingeladen wurde und hier auch einen Vortrag gehalten hat, bereits deutlich besser gemacht hat, zitiere ich aus seinem Skript zum eben genannten Vortrag:

*„Bevor wir die Konsequenzen dieser neuesten Hochschulreform weiter ausloten, will ich die bisherigen Überlegungen kurz resümieren: Unser Gang mit Siebenmeilenstiefeln durch die Geschichte von Universitätsreformen hat unterschiedlich stilisierte Figuren herauspräpariert: den ausdrucksstarken, überzeugenden Redner, den disziplinierten, emsigen Manufakturisten, den allseits gebildeten Menschen, den Teilhaber einer anpassungs- und lernbereiten Funktionselite und schließlich den Selbst-Unternehmer. Zugegeben: Über die Periodisierung von ‚Modernisierungsschüben‘, wie ich sie hier vorgenommen habe, herrscht in der pädagogischen Geschichtsschreibung kein Einvernehmen. Historische Rekonstruktionen bleiben stets unterschiedlichen methodischen und normativen Horizonten verhaftet.“*

Pongratz stellt hier fest, dass die verschiedenen „Figuren“ als Ausbildungsziele der Universität sich stets den verlangten und aus herrschender Sicht notwendigen Vorgaben angepasst haben. So ist der überzeugende Redner, der anti-mittelalterliche Perfectus Orator, dessen Macht auf dem Auftritt basiert. Der früh-bürgerliche Manufakturist kann gut auswendig lernen und stürzt sich mit protestantischem Fleiß auf den Aufbau der früh-kapitalistischen Gesellschaft. Der danach kommende „allseits gebildete Mensch“ ist der erste Universalist, der nach Humboldt alles verstehen will. Er hat zwar recht viel entdeckt, ist aber vor allem Rückgrat und Legitimation für den immer absoluter werdenden bürgerlichen Gewaltstaat. Die danach kommende Funktionselite, ist nach Bildungsexpansion nicht mehr das staatliche Rückgrat, sondern perfekt an die Ausbeutungsverhältnisse angepasst und neigt einerseits zu höchster Spezialisierung (verächtlich: „Fachidiot\*innen“), andererseits aber auch zu Festanstellung. Damit ist in der neoliberalen Phase des Spätkapitalismus wenig anzufangen, weshalb der Selbst-Unternehmer nach Bologna übernimmt, der vor allem allseitig auszubeuten und darüber glücklich ist.

Wir haben also festgestellt, dass es im Bildungssystem, gemessen an den eigenen Ansprüchen genauso wie gemessen an dem, was viele Leute, die Insassen dieses Systems sind, davon erwarten, ziemlich schlechte Zustände gibt und dass das schon immer so war – vielleicht in anderer Intensität, Quantität oder Qualität, aber immer schlecht mit Bezug auf das Ideal der Freiheit dabei.

Aber auch andere Idealvorstellung im Bildungssystem, die uns auch an der Hochschule begegnen, sind hochgradig ideologisch geprägt, was an ihrer Funktion liegt: Sie, also die Hochschule, soll

nicht zu einem freien Leben befähigen, soll keinen gesellschaftlichen Fortschritt vorantreiben, sondern soll das produzieren, wonach Staat und Markt fragen. Sie soll mit Bildung entscheiden, wer wie verwertbar sein soll, wer nach oben aufsteigt und wer eben die schlechteren Jobs bekommt. Für diese Unterscheidung sind natürlich Schulen und die Frage, ob man überhaupt auf die Hochschule darf, also eine Hochschulzugangsberechtigung erhält, noch deutlich zentraler, aber die daraus resultierende Lüge der Noten findet man auch hier.

Bei den Noten wird behauptet, dass sie objektiv sind und den Wissensstand jeder Person wiedergeben. Sie sollen dabei helfen sich selbst einzuschätzen und sich zu verbessern. Tatsächlich dienen sie aber nur dazu, das relative Wissens- bzw. eher Bildungsniveau darzustellen: Also wer ist besser als sein Sitznachbar, wer ist schlechter als die Kommilitonin im gleichen Kurs. Wer ist für die wissenschaftliche Karriere geeignet, wer darf überhaupt weiterstudieren. Würde es um Vermittlung von Wissen gehen wäre die Frage: Wer weiß was und wie kann man ihm oder ihr das fehlende Beibringen – das, was dann zur Note „eins komma null“, zu 15 Punkten, fehlt.

Oder anders gesagt und aus dem Leitfaden zitiert: *„Kein\*e Dozent\*in würde bestreiten, dass das grundsätzliche Interesse darin bestehen muss, Allen ein möglichst weitreichendes Verständnis der Materie zu ermöglichen, was sich theoretisch in durchweg guten Noten widerspiegeln sollte. Allerdings wäre die Realisierung dieses Anspruches auch der Untergang der Noten an sich: Wenn alle gut sind, sagen Noten nichts mehr aus. Zentrales Prinzip ist also nicht Bildung, sondern Selektion. Die Lüge, die das Gegenteil behauptet, lebt davon, dass sie sich nicht bewahrheitet.“*

- Erklärung: Wenn alle die bestmögliche Note bekommen, dann ist die Funktion der Noten eben nicht erfüllt und man würde sich etwas anderes suchen – deshalb ist gegenüber so Reformpädagog\*innen, die die Noten durch nette Texte ersetzen wollen, auch durchaus Vorsicht walten zu lassen -

Neben der nicht vorhandenen Freiheit und den notwendig nicht fairen Noten, hatten wir noch einen dritten Punkt als Grundsäule, aber auch Schlussfolgerung aus dem Status der Universität im Kapitalismus ausgemacht: die Inhalte. Die Grundthese war dabei, dass die Tatsache, dass eine Uni im Prinzip Humankapital produzieren sollen, sich auch auf die dort vermittelten Inhalte niederschlägt.

- Anmerkung: Aus dem beliebigen Demo-Spruch zum „Humankapital“ lässt sich schon einmal die Erkenntnis heraushören, dass es an der Uni und in der Schule eben nicht gut läuft. Leider wird

dieser oft in das Gegenteil verkehrt, wenn es heißt: „Wir sind kein Humankapital!“ - als könnte man sich das aussuchen. -

Das hat im Nachhinein mal besser und mal weniger gut geklappt und dementsprechend Kritik erfahren. Nicht moniert wurden beispielsweise die offensichtliche Tatsache, dass man in den Rechtswissenschaften nur bestehende, oftmals irrationale Gesetze, die ja natürlich Ergebnisse machtpolitischer Prozesse sind, anwenden muss und ihnen dann nachträglich einen Sinn zuschreibt. Aber es ist zurecht angemerkt worden, dass es Unsinn sei, einen Fachbereich dafür zu kritisieren, dass er sich selbst der reinen Anwendung hingibt. Denn wo kaum Illusionen bestehen, bringt das Aufdecken auch wenig, was sich ähnlich in den Wirtschaftswissenschaften wiederfindet, wo man notwendig nicht gegen den Kapitalismus arbeitet.

Es erscheint mir trotzdem wichtig und durchaus sinnvoll auf diese Fächer hinzuweisen, um zu beschreiben, warum manche Fächer in der Philosophischen Fakultät 1 mit ihrer Beschreibung im Leitfaden teilweise ein Problem hatten. Während nämlich Wirtschaft und Recht klar wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, findet man es in einer besonders philosophischen Fakultät eben schicker im Elfenbeinturm zu hausen und merkt dabei nicht, dass er auch aus Plastik ist, heißt: Sich kein Fach der gesellschaftlichen Entwicklung entziehen kann.

Über Geschichtswissenschaft wurde geschrieben, sie stecke in einer Sinnkrise, weil sie einerseits relevant sein muss – denn freies Herumforschen gibt es in der kapitalistischen Uni quasi nicht. Sie andererseits aber auch wissenschaftlich sein will und es dahingehend nicht mehr opportun ist die berühmten „Lehren aus der Geschichte“ zu ziehen. Schlimmer noch ist es für sie, dass die „Parteilichkeit“, die sie unbewusst auszeichnete, also die Parteinahme für das, was ist und das Suchen von historischen Argumenten für die eigene politische Agenda, nach dem Ende des großen Systemkonfliktes 1990 nicht mehr so dringend verlangt wurde und ebenfalls als böse, weil nicht objektiv bzw. „intersubjektiv“ genug, gilt. Im Leitfaden wurde argumentiert, sie suche deshalb Zuflucht in der Unterhaltungsindustrie, was ein Herr Dr. Detlev Mares, der laut Internet Fachstudienberater für Geschichtswissenschaft an der TU Darmstadt ist, dadurch ausdrückt, dass er für das Studium bei ihm mit den Aussagen wirbt, Geschichte studieren sei „aufregend, spannend, vielfältig, abwechslungsreich, sozial, zukunftssträchtig“ und mache Spaß. Etwas genauer ausgeführt wird die neue Rolle in einigen Einführungswerken für das Geschichtsstudium. So schreibt zum Beispiel Stefan Jordan in diesem ähnlich heißendem Buch:

Zitat – Stefan Jordan - „Einführung in das Geschichtsstudium“ auf Seite 41: „Mit ihrer

*identitätsbildenden Wirkung kann der Geschichtsbezug eminente soziale und auch politische Bedeutung entfalten.“ und auf Seite 42: „Der Sinn der Geschichtswissenschaft liegt also nicht darin, ewige Wahrheiten zu schaffen, sondern das Verständnis der Gegenwart aus den spezifischen Bedingungen und Anforderungen (Perspektiven) der Gegenwart zu verbessern.“*

Hier deutet der Historiker Jordan schon an, dass es schwierig wird mit der Geschichte: Verständnis der Gegenwart, soziale Bedeutung, aber wahr sein muss es nicht. Auf Seite 44 wird das Dilemma weiter ausgeführt: *„Einerseits darf sie sich nicht funktionalisieren lassen; Geschichtswissenschaft ist keine Politikberatung. Andererseits darf sie auch nicht Wissenschaft im Elfenbeinturm sein; Geschichtswissenschaft übernimmt eine soziale Orientierungsfunktion.“* und auch auf Seite 45 nicht gelöst: *„Wird „Geschichte“ um ihrer selbst willen betrieben, dann kann sie nicht auf öffentliche Akzeptanz hoffen; die Bereitschaft historisch-akademische Einrichtungen zu finanzieren, nimmt ab; die Besucherzahlen bei Ausstellungen, die nur Fachleute interessieren, sinken; der schulische Geschichtsunterricht wird zur Pflichtveranstaltung. Wird „Geschichte“ als Beitrag zu einer in weitem Sinn politischen, öffentlichen Kommunikation verstanden, kann sie interessieren, vielleicht sogar begeistern – und zwar sowohl das Publikum als auch den Historiker selbst.“*

Wir sehen hier also, was die neue Bedeutung ist: Die Geschichte ist keine Lehrmeisterin mehr, was auch damals nur legitimierend im Sinne Jordans „ewiger Wahrheiten“ für den herrschenden Status Quo gemeint war (für Preußen, für das Kaiserreich, für das NS-Volkstum oder für die Westbindung der BRD und gegen die totalitäre DDR), sondern serviert nun Identität, angereichert mit Verständnis, begeistert und wird massentauglich. Faktisch wird die alte Rolle, die Gegenwart zu verherrlichen bzw. seine politische Position aus der Vergangenheit heraus zu legitimieren – die man in allen Historikerstreitigkeiten gesehen hat (Fischer-Kontroverse, Historikerstreit, Goldhagen-Debatte) - damit modernisiert, also verbreitert und in der Unterhaltungsindustrie angesiedelt.

Darüber hinaus haben wir im Leitfaden geschrieben, dass die Politikwissenschaft von der Parteinahme für den bürgerlichen Staat gekennzeichnet sei. Auf die wiederholte Leugnung dessen, lässt sich aus meiner Sicht entgegenen: Dass im Bestand der bestehenden Ordnung der Daseinszweck der Politikwissenschaften besteht, bezweifeln nur diejenigen, die aufgrund mangelnder Kreativität glauben, die Politikwissenschaft sei von selbst und objektiv auf die Idee gekommen, in der besten aller möglichen Welten zu leben. Tatsächlich wurde die „Demokratiewissenschaft“ dafür erschaffen, was auch im historischen Kontext der Etablierung dieser Wissenschaft auch keineswegs negativ war. Nur ändert das nichts daran, dass das Ziel in dem Sinne Propaganda für die herrschende Ordnung ist. Diese Ausrichtung war aber schon seit dem



Entstehen in Deutschland ab 1945 so und ist ja auch an sich nichts Schlechtes: Parteinahme für einen bürgerlichen demokratischen Staat ist in einem Deutschland, welches kurz vorher überzeugt vom Nationalsozialismus die Welt mit Terror und Menschenvernichtung überzogen hat, eine grundsätzlich gute Idee. Sie hat nur nicht allzu viel mit der vielbeschworenen Neutralität und Ergebnisoffenheit zu tun, die sich die Politikwissenschaft trotzdem auf die Fahne schreibt und aktuell sogar noch mehr verteidigt denn je.

Zitat: Studienkurs Politikwissenschaft (Bernauer et al.), auf **Seite 50**: „In den 1960er Jahren wandelte sich das Fach stärker in Richtung einer modernen Sozialwissenschaft empirisch-analytischer Prägung, d.h. Die Forschungs- und Lehraktivität konzentrierte sich zunehmend darauf, politische Phänomene mit Hilfe theoretischer Konzepte und sozialwissenschaftlicher Methoden zu beschreiben und zu erklären. Die 68er Bewegung verhalf marxistischen (oft auch als „kritisch“ bezeichneten) Theorien zu einem Höhenflug und die normative und hermeneutische Forschung rückte an vielen deutschen Universitäten erneut in den Vordergrund. In den 1980ern und 1990er Jahren trat jedoch die empirisch-analytische und positive Richtung wieder stärker ins Rampenlicht; sie dominiert heute die Politikwissenschaft. Dieser Ausrichtung Rechnung tragend verschwand auch an vielen Orten der Begriff der Politischen Wissenschaft zugunsten des Begriffs Politikwissenschaft. Letzterer betont, dass es sich um die wissenschaftliche Beschäftigung mit Phänomenen der Politik und nicht um eine „politische“ oder gar „politisierte“ Wissenschaft handelt (Bleek 2001; Göhler & Zeuner 1991).“

Ergo: keine politisierte Wissenschaft, an anderer Stelle: empirisch-analytische Sicht, „werturteilsfrei“ etc., aber:

Zitat: Studienkurs Politikwissenschaft (Bernauer et al.), **Seite 121 und 122**: „Darüber hinaus sind sich die meisten Politikwissenschaftler trotz ihrer Differenzen über die Definition des Demokratiebegriffes in einem Punkt einig: Dass demokratische Wahlen zu einem friedlichen Wechsel an der Regierung führen können, ist keineswegs selbstverständlich sondern eine der größten Errungenschaften einer gut funktionierenden Demokratie (Przeworski 1999). Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Interessen, Meinungen und Ideen in einer Gesellschaft sind Konflikte im politischen Leben vorprogrammiert. Demokratische und von allen Bürgern akzeptierte Wahlen machen es möglich solche Konflikte auf friedlichem Weg zu lösen.“

Also: mit „größter Errungenschaft“ und der großen Liebe zur bestehenden Demokratie bleibt es bei der krassen Parteinahme, die die Politikwissenschaft im Zuge ihrer oberflächlichen Entpolitisierung

seit den 1990er-Jahren abgelegt zu haben glaubte. Gelogen ist es dementsprechend doppelt: Einerseits das man neutral sei und andererseits, dass die Ergebnisse dann objektiv und richtig wären. Die Vorstellung, dass Wahlen Konflikte lösen und eine (was für ein moralisch-subjektives Wort) „Errungenschaft“ wären, mag zwar löblich sein (im Vergleich zu autoritäreren Vorstellungen), aber sie ist weder an sich richtig, noch irgendwie zu beweisen.

Wir können an dieser Stelle also kurz zusammenfassen, dass die Situation alles andere als rosig ist: Den Unis ist wenig an dem Wohlergehen der Studierenden gelegen, die Kriterien für den erfolgreichen Betrieb sind nicht Wissen, Bildung oder Erziehung im positiven Sinne, sondern relatives Wissen gegenüber der Konkurrenz, Bildung zur Verwertung und Erziehung zur kapitalistischen Gesellschaft. Auch wenn Dozierende und sogar Professor\*innen davon ähnlich betroffen und am Arsch sind, sind wir doch nicht einer gleichen Situation. Jede Studentin, jeder Student weiß, dass ihm oder ihr die andere Statusgruppe zumindest während der Notenvergabe in einem widersprüchlichen Verhältnis gegenübertritt – die notwendigen Interessen widersprechen sich halt. Wir sind dementsprechend auch nicht eine Universität, wo alle zusammenhalten müssten oder wo es darum ginge, sich interessenbefreit zu bilden und man dafür dankbar zu sein hätte, hier die Chance zu bekommen sich mit Bildung zum besseren Menschen zu machen.

Stattdessen sind Studierende und Dozierende hier in einer knallhart-kapitalistischen Lernfabrik, an die gerichtet es kaum sinnvolle politische Forderungen geben kann. Wenn Menschen gerne studieren, ist das in Ordnung. Wenn sie sich in den Elfenbeinturm zurückziehen, der kaum als Schatten existiert, natürlich auch. Aber eben auch: Wer hier locker durchkommen will, weil ihn oder sie das bestehende Bildungsideal nicht vom Hocker haut, ist aus der ideologischen Uni-Perspektive nicht zu kritisieren und zu beschränken. Um aus den Ressourcen, die auch die kapitalistische Universität und das Studium an ihr zweifelsohne bieten, das Beste zu machen, muss es allen Studierenden vor allem darum gehen, sich überhaupt die Freiheit dafür zu erkämpfen. Nur wem nichts aufgenötigt wird, entweder also „klassische Bildung“ oder offene Verwertbarkeit, der kann Bildung annähernd frei „genießen“ oder ertragen. Die praktischen Konsequenzen aus dem Elend sind teilweise und sollten für alle Studierendenvertreter\*innen deshalb sein: Weg mit allen Pflichten und die Öffnung aller Ressourcen!